

Nun wäre es völlig falsch, die Militarismus-Problematik nur Deutschland-zentrisch oder bezogen auf die industrialisierten Länder zu sehen. Sie spielt auch eine wichtige Rolle in den Entwicklungsländern. Dieser Bereich kommt im vorliegenden Reader aus Platzgründen ein wenig zu kurz. Immerhin kann man einen wichtigen Aufsatz von *Morris Janowitz* über die Möglichkeiten und Wege vergleichender Analyse der Rolle des Militärs in den Entwicklungsländern zum erstenmal in deutscher Sprache lesen. Zwei andere Beiträge sollen exemplarisch solche »exotischen« Militarismen beleuchten (*Alba* über »Die Stufen des Militarismus in Lateinamerika« und *Awe* über »Militarismus und wirtschaftliche Entwicklung im Jorubaland des 19. Jahrhunderts«).

Über Militarismus in Japan informiert ein kurzer Abschnitt aus einem Buch von *Samuel P. Huntington*. Zum Schluß gibt es zwei Beiträge über die USA (von *V. K. Dibble* und von *Monika Medick*) und die Erscheinungsformen inner-gesellschaftlich wirksamen Militarismus in dem modernsten der hoch-industrialisierten Länder.

Man sieht aus dieser Übersicht, daß das gesamte Unternehmen von Berghahn einen etwas zwiespältigen Eindruck hinterläßt. Adjektive wie nützlich, brauchbar und arbeitserleichternd drängen sich von der einen Seite her auf. Auf der anderen Seite bleibt Unzufriedenheit zurück, weil doch allzuviel taubes Gestein bewegt worden ist. Vielleicht ist das aber eine der notwendigen Kärnerarbeiten, nämlich dies wegzuschaffen, und sei es in einen gelben Band der NWB, damit Platz ist für neue Überlegungen und mehr fruchtebringende Debatten.

Wilfried von Bredow

Empirische Revolutionsforschung, hrsg. und eingel. von Klaus von Beyme (= Uni-Taschenbücher 246), Westdeutscher Verlag, Opladen 1973, 320 S., kart., 19,80 DM.

Thomas H. Greene, *Comparative Revolutionary Movements* (= Contemporary Comparative Politics Series), Prentice-Hall International Inc., Englewood Cliffs, N. J./London 1974, XI, 172 S., kart., \$ 4.15.

Die Literatur zur modernen Revolutionsforschung ist kaum mehr überschaubar, wie schon ein flüchtiger Blick in die Bibliographien der beiden hier zu besprechenden Titel erkennen läßt. Aus diesem Grund ist es um so bedeutsamer, daß jetzt ein Band mit ausgewählten Texten zur Revolutionsforschung vorliegt, ein Reader, welcher dem Leser einen Überblick in den Stand der gegenwärtigen internationalen Diskussion zu vermitteln sucht.

In seiner ausführlichen und informativen Einleitung entwickelt *K. v. Beyme* die These, daß erst mit der Zurückdrängung feudaler Machtstrukturen durch den Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft (politisch-historisch faßbar in der Französischen Revolution von 1789) der Begriff der Revolution seinen bis heute im wesentlichen gültigen Inhalt erhielt, nämlich den eines Prozesses, in welchem die alten politischen und ökonomischen Herrschafts- und Besitzverhältnisse grundlegend und dauerhaft verändert wurden. Das Verdienst, bereits eine Revolutionstheorie auf der Basis einer Gesellschaftsanalyse entwickelt zu haben, kommt nach *v. Beyme* Marx und Engels zu. Der hohe politische und wissenschaftliche Stellenwert der marxistischen Revolutionslehre dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Revolutionsforschung empirisch-systematischen Charakters erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzte und der Beginn einer umfassenden Theoriebildung sogar erst für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg datiert werden kann, und zwar im Zusammenhang mit der einsetzenden Entwicklungsländerforschung.

Von Relevanz für die Erfassung der Komplexität des Revolutionsbegriffs sind ferner *v. Beymes* Hinweise auf das Definitionsproblem (die nach *v. Beyme* zu starke Betonung des Violenz-Aspekts), die interpretierte schematische Darstellung der wichtigsten theoretischen Ansätze in der internationalen Revolutionsforschung sowie seine Bemerkungen zu den von neomarxistischer Seite erfolgten neuen Definitions- und Interpretationsversuchen

im Spektrum der marxistischen Revolutionslehre (die Frage des revolutionären Subjekts; die Probleme der revolutionären Strategie und Taktik; die Frage nach den revolutionären Errungenschaften).

In seinem einleitenden Aufsatz (»Über sozialwissenschaftliche Theorien der Revolution – Kritik und Versuch eines Neuansatzes«) gibt *V. Rittberger* einen historischen Überblick über die verschiedenen revolutionstheoretischen Ansätze im internationalen Bereich. Er macht deutlich, daß der vielfach in der amerikanischen Literatur zu findende Hinweis auf den Gewaltbegriff, genauer das Element der Gewalt als zentrale Komponente der Revolution, kein geeignetes Abgrenzungskriterium für die Unterscheidung zwischen revolutionärem und nichtrevolutionärem politischen Wandel sei. Man dürfe den Aspekt der Gewalt nicht nur in die Definition von Revolution miteinbeziehen, denn das hieße, »die Ubiquität von Gewalt im Leben arbeitsteilig und hierarchisch organisierter Gesellschaften zu übersehen« (S. 43).

Im Anschluß an eine kritische Reflexion komparatistischer historischer Ansätze (*Crane Brinton*, *Lyford Edwards*, *George Pettee*, *Louis Gottschalk*), der problematisierten Darstellung von Versuchen, Hypothesen zum revolutionären politischen Wandel zu testen (die Arbeiten von *James Davies*, *Raymond Tanter* und *Manus Midlarsky* auf der einen, die Ansätze von *Chalmers Johnson* auf der anderen Seite), skizziert *V. Rittberger* seinen eigenen Ansatz (»Eine Theorie der Staatskrise und revolutionären politischen Wandels«, S. 63 ff.).

Auf die Relevanz des Gewaltaspekts und seines Bezugs zum gesellschaftlichen Wandel orientieren die beiden folgenden Texte von *Lewis A. Coser* und *Samuel P. Huntington*. *L. A. Coser* zeigt in seinem Beitrag (»Gewalt und gesellschaftlicher Wandel«) in überzeugender Weise auf, daß zielgerichtete kollektive Gewalt ein allgegenwärtiges Phänomen des sozialen Lebens darstellt und die Funktion haben kann, gesellschaftlichen Wandel zu fördern. Die Anwendung kollektiver Gewalt von seiten der Ludditischen Bewegung in England während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte zum Ziel die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Industriearbeiter. Die in den Rassenunruhen im Watts-Viertel von Los Angeles im März 1965 sich manifestierende Gewalt bezeugt nach *L. A. Coser* ebenfalls die unerträglichen Frustrationen benachteiligter sozialer Gruppen und stellt gleichzeitig einen Appell an die Herrschenden dar, die Lebensbedingungen dieser Ghettobewohner zu verbessern.

Wie *L. A. Coser* so betont auch *S. P. Huntington* in seinem Beitrag »Modernisierung durch Revolution«, daß nicht jeder Fall politischer Gewaltanwendung ein Vorspiel zu einer Revolution darstellt. Wirkliche Revolutionen sind selten in der Geschichte, da sie auf grundlegende politische und sozioökonomische Strukturveränderungen, auf – um mit *S. P. Huntington* zu sprechen – eine Modernisierung traditioneller Gesellschaftsformen abzielen. Das Hauptinteresse dieses Autors gilt den Verlaufsformen der Revolution. Hierbei stellt er Unterschiede zwischen der Revolution »westlichen« und der »östlichen« Typs fest: »Im ›westlichen‹ Muster brechen die politischen Institutionen des alten Regimes zusammen; darauf folgt die politische Mobilisierung neuer Gruppen und dann die Schaffung neuer politischer Institutionen. Im Gegensatz dazu beginnt die Revolution nach ›östlichem‹ Muster mit der politischen Mobilisierung neuer Gruppen und der Schaffung neuer politischer Institutionen und endet mit dem gewaltsamen Umsturz der politischen Institutionen des alten Systems« (S. 94).

Im Prozeß einer ideologiekritischen Analyse der zentralen Objektbereiche moderner Friedensforschung – »Gewalt« und »Konfliktlösung« – weist *Lars Denciks* Beitrag »Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung« auf den wissenschaftlich wenig präzisen Gebrauch von Gewalt im Sinne von »offenem Gewaltverhalten« hin. Diese für eine konservative Richtung innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung symptomatische Definition von Gewalt verschleiert nach *L. Dencik* die Tatsache der Existenz weiterer Konfliktarten,

insbesondere der »lautlosen« oder strukturellen Gewalt (Beispiel: »Die biologische Existenz der meisten Menschen in den lateinamerikanischen Elendsvierteln und den Negerghettos der USA wird nicht durch Gewehrkugeln oder Napalm geschädigt, sondern durch Ausbeutung«. S. 112).

L. Dencik führt ferner noch die Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher und individueller Gewalt in die Diskussion ein und gelangt auf diese Weise zu vier Konfliktarten: der direkten gesellschaftlichen Gewalt (Inhaftierung, Krieg), der direkten individuellen Gewalt (Raub, Befreiungskämpfe), der strukturellen gesellschaftlichen Gewalt (Ausbeutung, Imperialismus) und der strukturellen individuellen Gewalt (Patriarchat, Privatmonopole).

Hat die Anwendung revolutionärer Gewalt auch eine ethische Komponente? Kann sie dazu dienen, in einer gegebenen historischen Situation Freiheit und Glück der Menschen zu vergrößern? *Herbert Marcuse* setzt sich mit diesen Fragen in dem hier wiedergegebenen Textabschnitt »Ethik und Revolution« aus seinem gleichnamigen Buch auseinander. Er macht deutlich, daß eine klare Unterscheidung getroffen werden kann zwischen revolutionären Methoden, die nicht geeignet sind, »Freiheit und Glück für künftige Generationen zu erreichen« (S. 129), nämlich »willkürliche[r] Gewalt, Grausamkeit und unterschiedsloser Terror«, und revolutionärer Gewaltanwendung, die zur Durchsetzung neuer, bis auf den heutigen Tag weitgehend anerkannter Grundwerte und Normen führte (der Toleranzgedanke in den englischen Bürgerkriegen, die Idee der Menschenrechte in der Englischen und Französischen Revolution). Das entscheidende Kriterium für die ethische Legitimation revolutionärer Gewalt sieht H. Marcuse in der Frage nach der Bereitschaft der Herrschenden, alle vorhandenen Ressourcen und Mittel einzusetzen für eine »bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse bei einem Vorrang der Lebensbedürfnisse und einem Minimum an harter Arbeit, Elend und Ungerechtigkeit« (S. 133).

Den Autoren der drei folgenden Aufsätze ist die Absicht gemeinsam, Indikatoren für Revolutionen empirisch zu überprüfen. Auf der Basis zweier operationalisierbarer Faktoren eines Revolutionsbegriffs, nämlich »Dauer« und »innerstaatliche Gewaltsamkeit« (die beiden nicht empirisch anwendbaren Definitionsmerkmale sind »Beteiligung der Massen« und »Ziele der Rebellen«) untersuchen *Raymond Tanter* und *Manus Midlarsky* in ihrem Beitrag »Revolutionen. Eine quantitative Analyse« Korrelate einer Revolution, und zwar die beiden folgenden Fragen: »Welche gesellschaftlichen Bedingungen sind die Voraussetzungen für eine Revolution?« (S. 141) und 2. Wie hoch ist »das Ausbildungsniveau der Bevölkerung vor dem Ausbruch der Revolution?« (S. 144). Die sich ergebenden Hypothesen suchen die beiden Autoren in einer Korrelationsanalyse an Hand 17 siegreicher Revolutionen in den Jahren 1955–1960 zu testen: 1. Hypothese: »Je höher die Zuwachsrates des Pro-Kopf-Produkts in den Jahren vor der Revolution und je schärfer der Rückgang unmittelbar vor der Revolution, desto länger dauert die Revolution und desto gewaltsamer verläuft sie«. 2. Hypothese: »Je niedriger das Ausbildungsniveau vor der Revolution, desto länger dauert die Revolution und desto gewaltsamer verläuft sie« (S. 145). Im Ergebnis stellen sie fest, daß lediglich am Beispiel der kubanischen Revolution (einer Revolution mit Massenbasis) die Existenz eines Revolutionspotentials nachgewiesen werden kann; Revolutionspotential hier definiert als Differenz zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und gesellschaftlichen Erwartungen, m.a.W. »je größer diese Differenz ist, desto länger dauert und verläuft eine Revolution« (S. 143). Mit Hilfe eines anderen Meßverfahrens (Gini-Index der Landverteilung) gelingt den Autoren der Nachweis eines positiven Zusammenhangs zwischen dem Grad der ungleichen Bodenverteilung und innerstaatlicher Gewaltsamkeit. So bestehe der in der 1. Hypothese behauptete Zusammenhang zwischen Revolutionspotential und innerstaatlicher Gewaltsamkeit allerdings nur für die asiatischen Länder (mit ihren Reform Coups bzw. revolutionären Machtergreifungen), nicht aber für die lateinamerikanischen Staaten (mit ihren Palastrevolutionen). Im Blick

auf die 2. Hypothese lassen die empirischen Daten eine negative Korrelation zwischen Verschulungsgrad und innerstaatlicher Gewaltsamkeit erkennen.

Um die Messung revolutionären Potentials geht es auch *Chalmers Johnson* in seinem Beitrag »Messung von Ungleichgewicht in der Revolutionsforschung«. Er beschäftigt sich im Rahmen einer statistischen Analyse mit verschiedenen Indikatoren sozialen Ungleichgewichts (z. B. Häufigkeit von Selbstmorden, ideologische Aktivität u. a.) als Voraussetzungen der Revolution. Am Ende seiner Untersuchung gelangt der Verfasser jedoch zu dem Ergebnis, daß die ausgewerteten »Statistiken als Anzeiger von Ungleichgewicht in sozialen Systemen ungenügend sind« (S. 169).

Nicht um die Frage der Fruchtbarkeit statistischer Methoden in Korrelationsanalysen zur Revolutionsforschung wie in dem weiteren Beitrag von *Peter Calvert* (»Analyse und Korrelation in der Revolutionsforschung«), sondern um die ökonomischen Bedingungen für die Entstehung von Revolutionen geht es in den beiden folgenden Aufsätzen. *James C. Davies* (»Eine Theorie der Revolution«) zeigt an zwei historischen Ereignissen auf (die Rebellion des Thomas W. Dorr in Rhode Island von 1842 und die Russische Revolution von 1917), daß Revolutionen zunächst eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs und infolgedessen steigende Erwartungshaltungen und dann eine Periode wirtschaftlicher Rezession mit enttäuschten Erwartungshaltungen vorangehen. Es tritt also eine Änderung in der Bewußtseinslage ein, die zur Empörung, zur Revolution führt, wenn die Menschen glauben, sie könnten ihre Bedürfnisse (physische wie immaterielle, z. B. Menschenwürde, Gerechtigkeit) in der Zukunft nicht mehr befriedigen.

Schnelles ökonomisches Wachstum als Faktor politischer und gesellschaftlicher Destabilisierung bildet das Thema des Aufsatzes von *Mancur Olson Jr.* (»Rapides Wachstum als Destabilisierungsfaktor«). Entgegen der in der Literatur sowie auch in der politischen Praxis vertretenen These, wirtschaftliche Prosperität führe zu politischer Stabilität, behauptet Olson, daß, wie an historischen Beispielen gezeigt werden könne (Reformation, englische Bürgerkriege), rapides wirtschaftliches Wachstum eine Desintegration tradierter Klassenbindungen, eine Auflösung von Freiheitsstrukturen bedinge, in neuen ökonomischen und sozialen Disparitäten und damit in politischer Unzufriedenheit, in politischer Instabilität resultiere.

Sozialpsychologische Aspekte stehen im Mittelpunkt der beiden abschließenden Aufsätze von *David C. Schwartz* und *Tedd R. Gurr*. Schwartz (»Eine Theorie des revolutionären Verhaltens«) interpretiert das Phänomen der Revolution als einen in zehn Phasen ablaufenden Prozeß, um dann präzise Bedingungen auszumachen, unter denen revolutionäres Verhalten entsteht. Ein bekanntes Beispiel für eine Theorie revolutionären Handelns ist *Gurrs* Ansatz (»Ursachen und Prozesse politischer Gewalt«) der »relativen Deprivation«, d. h. der »Diskrepanz zwischen den Werterwartungen der Menschen und ihren Wertansprüchen« (S. 268). Dieser Widerspruch habe in der politisch-gesellschaftlichen Praxis zur Folge eine Disposition zu aggressivem Verhalten, zu kollektiver Gewaltanwendung.

Entgegen den im vorliegenden Reader erkennbaren Versuchen, theoretische Ansätze zur Erklärung des Phänomens »Revolution« zu liefern, begnügt sich *Thomas H. Greene* in seiner komparatistischen Untersuchung über Revolutionsbewegungen (»Comparative Revolutionary Movements«) damit, das revolutionäre Potential zu bestimmen, genauer die Bedingungen zu identifizieren, die zu einer Erhöhung des revolutionären Potentials führen. Ehe Greene aber im zweiten Teil seiner Arbeit nach den Ursachen und möglichen Elementen einer Revolutionstheorie fragt, bestimmt er im ersten Abschnitt die charakteristischen Merkmale einer Revolution. Er untersucht zunächst die soziale Struktur sowie die Werthaltungen der Führer revolutionärer Bewegungen (Berufsrevolutionäre, Intellektuelle, Studenten) und dann der Anhänger (Bauern, Arbeiter). Im Horizonte historischer Beispiele läßt sich nach Greene zeigen, daß revolutionäre Bestrebungen, die nur von einer sozialen Klasse getragen werden (Arbeiter oder Bauern oder Mittelschichten), nie erfolg-

reich waren; Bedingungen für siegreiche Revolutionen waren stets Bündnisse von Teilen verschiedener sozialer Klassen und Gruppen. In diesem Zusammenhang gewinnt nach Greene die Ideologie eine besondere Rolle, nämlich als ein Instrument, die Ziele der sich bildenden revolutionären Bewegung zu legitimieren. Wenngleich das Moment der Spontaneität in den ersten Stadien eines revolutionären Prozesses (als Folge von Arbeitslosigkeit, militärischer Niederlagen u. a.) einen gewissen politischen Stellenwert haben kann, so sind revolutionäre Aktionen doch nur dann erfolgreich, wenn sie eine Organisation besitzen (z. B. ein institutionalisiertes System der Ausbildung und Auslese von Kadern für den revolutionären Kampf). Welche Techniken kann sich eine organisierte revolutionäre Bewegung bedienen? Greene unterscheidet drei Techniken: den Terror, den Guerillakrieg und den Staatsstreich.

Neben dem Moment der Unterstützung durch die breite Bevölkerungsmehrheit, insbesondere für eine auf der Konzeption des Guerillakrieges basierte revolutionäre Bestrebung, ist auch die Unterstützung von außen ein ausschlaggebender Faktor für ihren Erfolg bzw. Mißerfolg.

Nach diesem Versuch einer Strukturanalyse revolutionärer Bewegungen sucht Greene im zweiten Teil seines Buches die Bedingungen für die Entstehung von Revolutionen zu identifizieren. Der empirische Nachweis für ihre Ursachen kann nicht erbracht werden; lediglich kann gezeigt werden, a) welche Faktoren den Ausbruch einer Revolution beschleunigen (wie eine militärische Niederlage; eine ökonomische Krise – Deutschland 1918 und 1932, Italien 1922; die Auflösung von Eliten u. a.), b) welche Vorbedingungen im Blick auf die Bildung revolutionärer Prozesse genannt werden müssen: so die geographische Situation (bedeutsam in bezug auf die Guerillakriege), der demographische Faktor, kulturelle Unterschiede, die ökonomische Entwicklung (z. B. Zusammenbruch überkommener Agrarstrukturen, traditioneller sozialer Werte und Normen infolge des Entstehens einer kapitalistischen Marktwirtschaft), unzureichende Anpassungsfähigkeit des politischen Systems, Statusdiskrepanz (z. B. das aufsteigende Bürgertum, dessen zunehmende ökonomische Macht in keinem adäquaten Verhältnis zu seinem politischen Einfluß steht).

Nun den Versuch zu unternehmen, eine empirisch abgesicherte Theorie der Revolution zu entwickeln, erscheint Greene nicht möglich, denn wie sollte man die verschiedenen Variablen messen können?

Wer einen ersten Einblick in die Grundlagenproblematik der vergleichenden Revolutionsforschung gewinnen möchte, wird die Untersuchung Greenes mit Gewinn lesen. Als eine Ergänzung hierzu kann dann K. v. Beymes Reader herangezogen werden. Horst Dähn

Manfred Kossok (Hrsg.), Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500 – 1917, Akademie-Verlag, Berlin – DDR 1974, VIII, 216 S., Ln., 28 DM.
Emilio Lussu, Theorie des Aufstands, Europaverlag, Wien 1974, 204 S., Pb., 18 DM.

Wie in der westlichen so wird auch in der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR das Thema der bürgerlichen Revolution und hier insbesondere unter komparatistischem Aspekt seit vielen Jahren diskutiert, wie die in dem von *Manfred Kossok* herausgegebenen Band »Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500–1917« versammelten zehn Aufsätze erkennen lassen. Aber bezüglich ihres wissenschaftstheoretischen und methodischen Ansatzes unterscheiden sich diese von fast ausnahmslos DDR-Historikern verfaßten Beiträge – lediglich ein Aufsatz des französischen Historikers *A. Soboul* wurde in diesen Sammelband aufgenommen – in hohem Maße von den Untersuchungen westdeutscher und amerikanischer Revolutionsforscher. Ist in der »westlichen« Forschung das Bemühen erkennbar, über die bloße Deskription revolutionärer Prozesse hinaus unter Anwendung verschiedener empirischer Methoden (aus den Disziplinen der Statistik, Sozialpsychologie